

# Rumänien

Anneli Ute Gabanyi

Seit der Mitte des Jahres 2011 bauten sich in Rumänien massive soziale Spannungen auf, die 2012 zu einer schweren politischen Krise führten und das Ansehen des Landes sowie seine Beziehungen zur EU nachhaltig beschädigt haben.

## **Hoffnung auf eine Aufhebung des EU-Verfahrens und Schengen-Beitritt verfrüht**

Dabei hatte es noch zu Jahresbeginn so ausgesehen, als könnte das seit fünf Jahren laufende Kooperations- und Kontrollverfahren nach einer für den Sommer 2012 geplanten Gesamtbewertung für erfolgreich erklärt und beendet werden, vor allem seitdem in dem Land die Kritik gegen das Verfahren zunehmend lauter geworden war. Der Politikwissenschaftler und ehemalige rumänische Chefunterhändler mit der EU Vasile Puscas vertrat sogar die Ansicht, die Anwendung des Verfahrens habe das Gegenteil der angestrebten Wirkung erzielt: Statt die Unabhängigkeit der Justiz zu befördern habe deren Politisierung in Rumänien zugenommen, zugleich sei das Misstrauen der Bevölkerung in die Justiz angestiegen<sup>1</sup>. Dass gerade der deutsche Botschafter Andreas von Mettenheim öffentlich „Verständnis für das Argument [äußerte], dass Rumänien nicht allein einem Verfahren unterzogen sein wolle, das in anderen EU-Mitgliedstaaten vielleicht noch nötiger und angebrachter sei“<sup>2</sup>, könnte auf eine veränderte Haltung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem südosteuropäischen Land hindeuten. Die Wende in den bilateralen deutsch-rumänischen Beziehungen hatte sich während eines Staatsbesuchs des rumänischen Staatspräsidenten Traian Basescu in Berlin im November 2011 abgezeichnet. Basescu stellte sich demonstrativ hinter die europäische Sparpolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel und erklärte die Absicht Rumäniens, dem europäischen Fiskalpakt beizutreten und in seiner Verfassung eine Schuldenbremse zu verankern. Auch erklärte der Präsident, sein Land halte an der Absicht fest, im Jahre 2015 dem Euro beizutreten.

Im Gegenzug für die Unterstützung ihrer Europapolitik signalisierte die Kanzlerin die Bereitschaft, Anstrengungen Rumäniens zur Erfüllung der Vorgaben des Kooperations- und Kontrollverfahrens anzuerkennen. Auch verlieh die Kanzlerin ihrer Hoffnung Ausdruck, dass der gemeinsam von Deutschland und Frankreich vorgeschlagene Zwei-Stufen-Plan zum Beitritt Rumäniens (und Bulgariens) zur Schengenzone bald zur Integration des Landes führen könnte. Die mitgereisten Vertreter der deutschen Minderheit in Rumänien hatten den Wunsch der rumänischen Regierung nach einem raschen Beitritt zum Schengenraum nachhaltig unterstützt. In Berlin zeigte man zudem Interesse an der Privatisierung einiger rumänischer Schlüsselbetriebe, die im Zuge der dort mit dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der EU-Kommission vereinbarten Strukturreformen ansteht.

Die abzusehende Beendigung des Kooperations- und Kontrollverfahrens hätte den Weg für Beitritt Rumäniens zum Schengenraum freigemacht, da mehrere EU-Mitgliedsländer

---

1 Fostul negociator al României cu Uniunea Europeană, profesorul Vasile Puscas, [ziarulfaclia.ro](http://ziarulfaclia.ro) vom 21.07.2012.

2 Deutscher Botschafter von Mettenheim: Kooperations- und Kontrollmechanismus der EU für rumänische Justiz weiterhin unerlässlich, [punkto.ru](http://punkto.ru) vom 04.05.2012.

die Ansicht vertreten hatten, dass ein Schengenbeitritt des Landes erst möglich sei, wenn ihm im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens eine nachhaltige und unumkehrbare Entwicklung in Richtung Rechtsstaat bescheinigt würde. Im April 2012 deutete EU-Ratspräsident jedoch an, dass sich mit Ausnahme der Niederlande alle EU-Staaten auf einen von Deutschland und Frankreich eingebrachten Vorschlag im Rahmen des Zwei-Stufen-Modells geeinigt hätten. Rumänien, so Herman Van Rompuy in einer Rede vor dem rumänischen Parlament, habe sämtliche Schengen-Kriterien erfüllt<sup>3</sup>. Er zeigte sich optimistisch, dass die EU bereits im September 2012 beschließen könnte, auf Grenzkontrollen im Luftverkehr mit Rumänien und Bulgarien zu verzichten und zu einem späteren Zeitpunkt auch die Kontrollen zu Land und zu Wasser aufzuheben<sup>4</sup>.

### **Soziale Proteste verursachen Regierungswechsel und Popularitätsschwund Basescus**

Obwohl sich die wirtschaftlichen Perspektiven des Landes nach dem krisenbedingten Einbruch im Jahre 2009 wieder aufzuhellen begannen – nach einem negativen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 13,5 % im Jahre 2009 und 1,6 % im Jahre 2010 schrieb Rumänien 2011 mit +2,5% wieder schwarze Zahlen – verschärften sich die Folgen der kompromisslosen, von der liberaldemokratischen Regierung von Premierminister Emil Boc umgesetzten Austeritätspolitik für die Bevölkerung. Die Einführung einer neuen Arbeitsgesetzgebung, die eingeleitete Privatisierung des Gesundheitswesens und die Maßnahmen zur Beschneidung des Wohlfahrtsstaates schürten die Unzufriedenheit der von Massenentlassungen und Steuererhöhungen geplagten Bevölkerung. Die Tatsache, dass sich der Staatspräsident persönlich zum Wortführer der neoliberalen Austeritätsmaßnahmen der Regierung gemacht hatte, führte dazu, dass er – wohl nicht ganz zu Unrecht – von der Bevölkerung auch als deren Urheber angesehen wurde.

Drei Jahre lang hatte die Bevölkerung die Austeritätspolitik als Folge der Wirtschaftskrise geduldig ertragen, im Januar 2012 entlud sich der Volkszorn bei spontanen Demonstrationen in Bukarest und einigen Provinzstädten. Unter dem Druck der Straße sowie auf Drängen einflussreicher Politiker aus den eigenen Reihen trat der liberaldemokratische Premierminister Boc mit seiner gesamten Regierung zurück. Daraufhin forderte der Präsident seinen langjährigen Protégé Mihai Razvan Ungureanu, der zuletzt Chef des Auslandsgeheimdienstes war, auf, eine neue Regierung zu bilden. Dies gelang Ungureanu zwar, doch bereits am 27. April 2012 scheiterte Ungureanus Kabinett an einem Misstrauensantrag der Opposition. Daraufhin ernannte Staatspräsident Traian Basescu den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei (Partidul Social Democrat, PSD) Victor Ponta zum Ministerpräsidenten einer neuen, aus der PSD, der Nationalliberalen Partei (Partidul Naional Liberal, PNL) und der Konservativen Partei (Partidul Conservator, PC) gebildeten Regierung der Sozialliberalen Union (Uniunea Social Liberala USL). Doch statt zusammenzuarbeiten bekämpften Regierung und Präsident einander. Diese neue Regierung verfolgte von Anfang an ein vorrangiges Ziel – die Absetzung Traian Basescus. Der Erdrutschsieg der USL bei den Kommunalwahlen am 10. Juni 2012 und die für sie günstigen Prognosen der Umfrageinstitute bestärkten sie in dieser Absicht. Kaum im Amt trafen die Regierung und das von der USL dominierte Parlament eine Reihe von politischen und gesetzgeberischen Maßnahmen, die eine schwere politische Krise auslösten. Am 6. Juli verfügten die Mitglieder der beiden Häuser des Parlaments die Absetzung des Präsidenten. 256 Abgeordnete

---

3 EU-Ratspräsident Van Rompuy: Rumänien hat alle Schengen-Kriterien erfüllt, [punkto.ro](http://punkto.ro) vom 25.04.2012.

4 Schengen-Beitritt Bulgariens und Rumäniens rückt näher, *Die Presse*, 26.04.2012.

und Senatoren stimmten dafür, 114 sprachen sich dagegen aus; die erforderliche Mehrheit lag bei 217 Stimmen. Der zweite Schritt des Verfahrens, ein Referendum über die Amtsenthebung, wurde für den 29. Juli 2012 angesetzt.

### **Referendum zur Amtsenthebung Basescus verursacht schwere politische Krise**

Damals war das Ansehen Traian Basescus als Folge der Wirtschaftskrise in der rumänischen Bevölkerung auf einem Tiefpunkt angekommen. Repräsentative Umfragen deuteten darauf hin, dass sich ein großer Teil der Wähler für seine Amtsenthebung aussprechen würde. Ausschlaggebend war daher, welches Gesetz dem Referendum zugrunde liegen würde. Angesichts der zurückgehenden Sympathiewerte des Präsidenten hatte die Regierung des liberaldemokratischen Premierministers Emil Boc noch im April 2012 vorsorglich das Referendumsgesetz in der Weise modifiziert, dass eine Absetzung des Präsidenten nur mit der Mehrheit der Hälfte plus 1 aller auf den Wahllisten verzeichneten Personen entschieden werden konnte – eine hohe Hürde. Die Regierung von Premierminister Victor Ponta wiederum hatte am 5. Juli dieses Referendumsgesetz per Eilverordnung seinerseits abgeändert bzw. in seine ursprüngliche Form zurückgeführt. Demnach sollte bei einem Referendum über die Absetzung des Präsidenten ein Quorum gelten, bei dem die Mehrheit von 50% plus 1 der abgegebenen gültigen Stimmen der Teilnehmer an der Wahl den Ausschlag gibt.

Zur Anwendung kam schließlich die Basescu-freundliche Gesetzesvariante, die von der neuen Regierung eingebrachte Änderung wurde vom Verfassungsgesetz abgewiesen.

### **Entscheidend – der Druck aus Brüssel**

Entscheidend war aber der Druck, den Regierungsvertreter westlicher Staaten und Abgeordnete des Europaparlaments aus den Reihen der Europäischen Volkspartei sowie die Europäische Kommission auf Rumänien ausübten, um die vom Verfassungsgericht getroffene Entscheidung zur Anwendung zu bringen. EU-Vizepräsidentin und EU-Justizkommissarin Viviane Reding warnte, Rumänien werde bei der Integration in die EU um Jahre zurückgeworfen, wenn die Rechtsstaatlichkeit nicht wiederhergestellt werde. Das Land riskiere, dass der geplante Beitritt zum Schengenraum aufgeschoben werde. Der Präsident der EU-Kommission José Manuel Barroso forderte Premierminister Ponta auf, elf von der Kommission gestellte konkrete politische Forderungen zu erfüllen, allen voran die Einhaltung des Beschlusses zum Referendumsgesetz, den das Verfassungsgericht getroffen hatte – ein Quorum von der Hälfte plus 1 der in den ständigen Wählerlisten eingeschriebenen Personen.

In dieser Phase riefen die oppositionelle PDL sowie der suspendierte Staatspräsident Basescu zum Boykott des Referendums auf. Bei dem Referendum vom 29. Juli über die Amtsenthebung von Präsident Basescu sprachen sich die 87,52% der Teilnehmer an dem Referendum für eine Absetzung Basescus aus. Mit 46,24 Prozent der in den ständigen Wahllisten eingetragenen Personen wurde das Quorum trotz des Boykottaufrufs nur knapp verfehlt.

Überraschend verschob das Verfassungsgericht seine Entscheidung über die Rechtmäßigkeit des Abstimmungsverfahrens auf den 12. September. Begründet wurde der Aufschub mit der Notwendigkeit, Klarheit über die Anzahl der auf den Wahllisten verzeichneten Personen erhalten. Zur Begründung hieß es in der Presseerklärung des Gerichts, es habe von den zuständigen Behörden – dem Nationalen Institut für Statistik, dem Innenministerium und der Ständigen Wahlkommission – widersprüchliche Angaben zur Anzahl der auf den Wahllisten verzeichneten Personen erhalten. Die Experten wiesen darauf hin, dass die Zahl der 18.292.464 in den ständigen Wahllisten verzeichneten Wahlberechtigten unmöglich richtig sein konnte. Gemäß den im Februar 2012 veröffentlichten provisorischen Daten der letzten Volkszählung vom November 2011 betrug die Bevölkerung Rumä-

niens nur noch 19 042 936 Personen, ein Rückgang von 2 638 038 im Vergleich zu 2002. Das Dilemma im Zusammenhang mit der genauen Anzahl der auf den Wahllisten verzeichneten Personen entstand erst, nachdem die Regierung Ponta unter dem Druck der EU-Kommission die Entscheidung des Verfassungsgerichts akzeptieren musste, wonach bei dem Referendum ein solches Quorum (50%+1 Wahllisten) zur Anwendung kommen sollte. In dem Eilantrag von der Regierung Ponta eingebrachten Abstimmung (50%+1 Teilnehmer) waren genaue Angaben über die Zahl der auf den Wahllisten verzeichneten Personen nicht nötig. Die entscheidende Frage, ob die im Ausland lebenden rumänischen Staatsbürger bei der Bestimmung der Beteiligungsquote berücksichtigt werden müssten, konnte schließlich nur mittels umstrittener Entscheidungen des Verfassungsgerichts und dank des aktiven Einsatzes der Staatsanwaltschaft zugunsten des suspendierten Präsidenten entschieden werden. Am 22. August verlautbarte das Verfassungsgericht, dass das nötige Quorum bei dem Referendum nicht erreicht worden sei. Das Verfahren beim Referendum sei korrekt gewesen, Präsident Basescu dürfe in sein Amt zurückkehren.

### **Fatale Auswirkungen der Staatskrise**

Im Rückblick auf sein Gespräch mit Barroso erklärte Premierminister Ponta, er sei „außerordentlichem, auch finanziellem Druck“ ausgesetzt gewesen. Die EU hat tatsächlich erhebliche Druckmittel gegen Rumänien in der Hand. Da bereits zu Jahresanfang Unregelmäßigkeiten bei der Verwendung von EU-Mitteln durch Rumänien während der Jahre 2007–2011 festgestellt wurden, stoppte die Kommission im Juli 2012 die Zahlungen an Rumänien für mehrere EU-Strukturfonds. Solange diese Zahlungen seitens der EU ausgesetzt bleiben, muss der rumänische Staat die laufenden EU-Projekte aus dem ohnehin klammen Staatshaushalt finanzieren.<sup>5</sup> Zudem hofft Bukarest angesichts seiner extrem niedrigen Absorptionsrate von EU-Mitteln auf eine Verlängerung der Frist, in der es diese abrufen kann.

Sollte Rumänien noch auf eine Begrenzung der finanziellen Folgen hoffen – der politische Schaden ist bereits da. Die Hoffnung auf eine Beendigung des Kooperations- und Kontrollverfahrens im Juli 2012 wurde durch die turbulenten Ereignisse im Sommer 2012 zunichte gemacht. Zwar fiel der am 18. Juli 2012 veröffentlichte Bericht über die Entwicklung Rumäniens in den Bereichen Justiz und Korruptionsbekämpfung der letzten fünf Jahre keineswegs negativ aus.<sup>6</sup> Darin heißt es, das Kooperations- und Kontrollverfahren habe eine positive Wirkung in Rumänien gezeigt, das Land könne künftig die festgelegten Ziele erreichen. In einem kurz vor Veröffentlichung des Berichts eingefügten Teil heißt es jedoch, die jüngsten Entwicklungen hätten die Frage aufgeworfen, ob die Reformen in Rumänien unumkehrbar und nachhaltig sind. Damit die Kommission über eine Beendigung des Verfahrens entscheiden könne, müsse die Regierung die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit in Übereinstimmung mit den Empfehlungen der Kommission gewährleisten. Die Ergebnisse der Überprüfungen will die Kommission im Dezember 2012 in einem weiteren Bericht bekannt geben. Erst im Januar 2013 wird voraussichtlich die Entscheidung über den künftigen Schengen-Beitritt fallen.

### **Weiterführende Literatur**

Victoria Stoiciu: Austerity and Structural Reforms in Romania, Friedrich Ebert Stiftung, International Policy Analysis, August 2012.

Anneli Ute Gabanyi: Politisches Lehrstück. Die Staatskrise in Rumänien, in: Osteuropa 9/2012 (im Erscheinen).

---

5 Sprijinul european pentru România, în pericol din cauza corupției?, Euranet, 18.9.2012.

6 Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über Rumäniens Fortschritte im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens, Brüssel, 18.07.2012 COM(2012) 410final.

# Schweden

Markus Johansson / Daniel Naurin<sup>1</sup>

Selbst wenn Schweden nicht in demselben Maße wie viele andere EU-Staaten von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen war, so bestimmte diese auch in Schweden die politische Agenda. Die mediale Berichterstattung über „Europa“ konzentrierte sich vor allem auf die Wirtschaftsentwicklung, wobei insbesondere die Hilfspakete für Griechenland und Spanien – und ihre Folgen für die Zukunft der EU – besonders aufmerksam verfolgt wurden.

Die schwedische Wirtschaft ist stark und kann stabile Wachstumsraten vorweisen.<sup>2</sup> Trotz der guten Wirtschaftslage bleibt die Arbeitslosigkeit weiterhin hoch. Insbesondere die Arbeitslosenzahlen junger Menschen und von Menschen ausländischer Abstammung liegen deutlich über den Durchschnittswerten. Die durchschnittliche Arbeitslosenrate entspricht mit rund 8 Prozent in der ersten Hälfte des Jahres 2012 etwa derjenigen des Vorjahres. In Anbetracht der guten Wirtschaftszahlen ist die verhältnismäßig hohe Arbeitslosenquote ein schwieriges Thema für die aktuelle Mitte-Rechts-Regierung und wird dies aller Wahrscheinlichkeit auch für die nächsten Jahre bleiben. Ein weiteres potenzielles Problem stellt die hohe Verschuldung der schwedischen Haushalte dar, insbesondere beim Wohnungsbau – diese zählt zu den höchsten in Europa und wurde entsprechend von der EU-Kommission kritisiert, die Warnzeichen einer Immobilienblase erkennt.<sup>3</sup> Die Immobilienpreise steigen in einem riskanten Tempo weiter an, ein Grund dafür sind recht großzügige Kreditkonditionen. Als Reaktion auf die erhöhte Aufmerksamkeit, die der Schulden-situation der schwedischen Haushalte entgegengebracht wird, ändert sich seit kurzem diese Situation, da die Kreditkonditionen etwas enger gefasst werden. Unbeschadet davon bleibt die schwedische Wirtschaft auch in der europäischen Krise wettbewerbsfähig und dies wird Prognosen zufolge auch weiterhin der Fall sein.

## Die schwedische Parteienlandschaft nach den Wahlen

Die schwedische Innenpolitik war nach den Wahlen 2010 in erster Linie mit Fragen der Parteiführung und der Besetzung von Kabinettsposten beschäftigt. Aus den Wahlen war eine Mitte-Rechts-Minderheitsregierung hervorgegangen, die im Laufe des vergangenen Jahres zunehmend durch die parlamentarische Situation unter Druck geriet. Weder die Regierung noch die links-grüne Opposition waren bereit, mit den nationalistischen Schwedendemokraten eine organisierte Zusammenarbeit einzugehen. Und dies, obwohl die Schwedendemokraten, die zwischen den politischen Blöcken stehen, inzwischen das „Zünglein an der Waage“ im schwedischen Parlament sind. Dies hat dazu geführt, dass die Schwedendemokraten die Regierung in vielen Fragen stillschweigend gefördert haben, gleichzeitig jedoch bei anderen Themen die Oppositionsparteien gegen die Regierung

---

1 Übersetzt aus dem Englischen.

2 Statistiska centralbyrån (SCB): BNP ökade 1,5 procent, Pressmeddelande, 30.05.2012.

3 Brors, Henrik: Sverige får EU-kritik för hushållens stora lån – EU-kommissionen varnar för bubbla, Dagens Nyheter, 15.02.2012.

unterstützt haben. Dabei hat das Thema Europa nicht immer eine Rolle gespielt.<sup>4</sup> Das schwedische Parlament hat im Vergleich zu anderen nationalen Parlamenten in der EU eine starke institutionelle Stellung vis-à-vis der Regierung. Das schwedische Parlament, insbesondere der Europa-Ausschuss, wird nicht nur direkt von der Kommission über Legislativvorschläge informiert, es wird auch im Vorfeld der Tagungen des Rats und des Europäischen Rats über die Verhandlungsposition der Regierung informiert und kann auf diese Einfluss nehmen. Obwohl das der Regierung vom Parlament zugeteilte Mandat als verbindlich angesehen wird, gibt es einen gewissen Spielraum für die Regierung, von diesem abzuweichen, sofern es dafür triftige Gründe gibt. Entsprechend hat die Regierung das letzte Wort, sollte sie jedoch von dem mit parlamentarischer Mehrheit erteilten Mandat abweichen, muss sie dem Parlament im Nachhinein Rede und Antwort stehen.<sup>5</sup>

Solange die Regierung im Parlament über eine ausreichende Mehrheit verfügt, wie dies in den Jahren 2006 bis 2010 der Fall gewesen ist, ist ihr die Unterstützung des Parlaments sicher. Im Falle einer Minderheitenregierung ist die Regierung allerdings auf die Unterstützung der Oppositionsparteien angewiesen, um ein Verhandlungsmandat zu erzielen. Angesichts einer Opposition, der drei der vier im Parlament vertretenen europaskeptischen Parteien angehören, ist die Regierung bei der Mandatierung ihrer Politik in erster Linie auf die Sozialdemokraten angewiesen. Diese Situation hat dazu geführt, dass es nun mehr Möglichkeiten gibt, die Verhandlungsposition der Regierung zu beeinflussen. Dies war beispielsweise der Fall beim Verhandlungsmandat für die Kommission für den Abschluss eines neuen Fischereiabkommens mit Marokko sowie bei der Ergänzung des Schlussfolgerungen des Rates über den gemeinsamen Beschäftigungsbericht. Bei letzterem zwangen die Oppositionsparteien die Regierung, sich unter anderem stärker gegen Sozialdumping einzusetzen.<sup>6</sup> Nach der Tagung des Rates gab es dennoch Kritik, der parlamentarische Verfassungsausschuss sprach von einer Irreführung des parlamentarischen Europa-Ausschusses über die Verhandlungsoptionen.<sup>7</sup> Dem Parlament ist es so gelungen, Druck auf die Regierung oder einzelne Minister auszuüben, obgleich dies ohne greifbare Konsequenzen bleibt.

Die Führungsspitze von mehreren der im Parlament vertretenen Parteien wurde nach den Wahlen 2010 infrage gestellt und bei einer der Regierungsparteien, der Zentrumspartei, wurde eine der bisherigen Führungspersonlichkeiten ausgetauscht. Auf Maud Olofsson, die im Juni 2011 ihren Rücktritt ankündigte, folgte im September 2011 Annie Lööf. Mit diesem Führungswechsel festigt die Zentrumspartei ihren Kurs weg von einer Partei in der Mitte des politischen Spektrums hin zu einer stärker rechtsgerichteten und marktliberalen Partei. Die Zentrumspartei löste sich im vergangenen Jahrzehnt von ihren Wurzeln als Bauernpartei und wendet sich zunehmend den jüngeren Wählern und den Menschen in den größeren Städten zu – wofür auch die Ernennung der 28-jährigen Lööf spricht. Lööf löst als neue Parteivorsitzende der Zentrumspartei Maud Olofsson auch als Ministerin für Unternehmen und regionale Angelegenheiten ab. Ein weiterer Wechsel im Kabinett ist die Ernennung von Lena Ek zur Umweltministerin, die bis dahin für die Zentrumspartei im Europäischen Parlament war. Insgesamt hat die Zentrumspartei also ihren liberalen Kurs beibehalten zu werden, mit dem eine europafreundlichere Haltung einhergeht.<sup>8</sup>

---

4 Nilsson, Owe/Larsson, Lars: Nya bakslag för regeringen, Dagens Nyheter (TT), 24.01.2012.

5 Hegeland, Hans: Nationell EU-parlamentarism – Riksdagens arbete med EU-frågorna, Stockholm 2006.

6 Alskog, Johanna: Strid om fiskeavtal, Riksdag & Departement, 20.10.2012 [online edition]; Selnes, Anders: Regeringen förlorade i EU-nämnden, Europaportalen.se, 03.04.2011.

7 Selnes, Anders: EU-nämnden slagträ i politisk maktkamp, Europaportalen.se, 31.05.2012.

Auch bei zwei der Oppositionsparteien, bei der Linkspartei und der Sozialdemokratischen Partei, gab es Wechsel in der Führungsspitze. Der bisherige Vorsitzende der Linkspartei, Lars Ohly, verkündete im August 2011 seinen Rücktritt. Er gab damit dem Druck aus der eigenen Partei nach, nachdem er von einigen Parteimitgliedern offen herausgefordert worden war. Neuer Parteichef wurde Jonas Sjöstedt, der ebenfalls Mitglied des Europäischen Parlaments (1995 bis 2006) war. Die Linkspartei steht der schwedischen EU-Mitgliedschaft seit jeher sehr kritisch gegenüber und setzt sich seit langem für einen Austritt aus der EU ein. Dies änderte sich im Vorfeld der Wahlen 2010, da die Sozialdemokratische Partei dies zur Voraussetzung einer möglichen Koalitionsregierung machte. Auch nach den Wahlen hat sich die Haltung der Linkspartei etwas gemildert, insofern sie nun stärker einen Wandel der EU fordert und die Austrittsabsichten zunächst einmal zurückstellt.<sup>9</sup>

Bei den Sozialdemokraten kam es ebenfalls zu einem Führungswechsel. Der Rücktritt von Håkan Juholt im Januar 2012 nach gerade einmal 10 Monaten ist ein Zeichen für die schwere Krise der Sozialdemokratischen Partei, der weiterhin größten Partei im Parlament. Meinungsumfragen zeigten im Herbst und Winter 2011 einen steten Rückgang der Unterstützung der Wähler für die Sozialdemokraten. Gegen Ende der Amtszeit von Juholt lag diese bei rund 25 Prozent, und damit noch unter der bereits niedrigen Wählergunst von knapp über 30 Prozent bei den Wahlen 2010 und 35 Prozent bei den Wahlen 2006.<sup>10</sup> Nach Vorwürfe gegen Juholt, unter anderem wegen mutmaßlicher Unstimmigkeiten bei Rechnungen während seiner Zeit im Europäischen Parlament, wurde Stefan Löfven zum Nachfolger von Juholt. Dieser hatte zuvor eine Führungsposition bei der Gewerkschaft der Industriearbeiter inne. Im Frühjahr ist es den Sozialdemokraten gelungen einige der Probleme hinter sich zu lassen, die mit der Causa Juholt in Verbindung gebracht wurden. Dies spiegelt sich auch in Meinungsumfragen wider, in denen diese sogar in mehreren Umfragen wieder über 35 Prozent erzielten.<sup>11</sup> Noch lässt sich nicht allzu viel über den künftigen Kurs der neuen Parteiführung sagen, es kann allerdings davon ausgegangen werden, dass sich der mit Juholt eher linksgerichtete Ansatz wieder hin zu einem pragmatischen Kurs der Mitte bewegen wird – die Europapolitik dürfte damit weniger kritisch ausfallen.

### Schweden debattiert über den Fiskalpakt

Die Mitte-Rechts-Minderheitsregierung vertritt eine vergleichsweise positive Haltung in der Europapolitik und betont ihre Verpflichtung gegenüber dem europäischen Projekt stärker als es bei den bisherigen sozialdemokratischen Regierungen der Fall gewesen ist. Dies wird auch in den jährlichen außenpolitischen Regierungserklärungen deutlich.<sup>12</sup> Im letzten Jahr wurde jedoch ein kritischerer Ton angeschlagen, nicht zuletzt auch aufgrund der unterschiedlichen Schritte, die zur Lösung der Eurokrise ergriffen werden sollten. Der schwedische Ministerpräsident, Fredrik Reinfeldt, stand beispielsweise den im Vorfeld des Juni-Gipfels 2012 gemeinsam von Van Rompuy, Barroso, Draghi und Juncker vorgebrachten Vorschlägen für eine Bankenunion und Eurobonds sehr kritisch gegenüber. Vielmehr

8 Vgl. Rosén Sundström, Malena/Sundström, Mikael: Ett smalare men vassare centerparti?, S. 189-202, in: Statsvetenskaplig tidskrift, 112:2.

9 Idling, Lillemor: V lägger EU-uttrådet i malpåse, Dagens Nyheter (TT), 03.09.2011.

10 Valmyndigheten (<http://www.val.se>)

11 Statistiska centralbyrån (SCB): Partisynpatiuundersökningen (PSU), Mai 2012; SIFO: Väljarbarometern, Juni 2012.

12 Utrikesdepartementet: Utrikesdeklarationen 2012.

forderte die Regierung weiterhin Reformen in den Krisenländern und eine strenge Haushaltsdisziplin – eine Position, die zunehmend herausgefordert wird.<sup>13</sup> Obwohl Schweden 2003 gegen einen Beitritt zur Eurozone gestimmt hatte, wurde auch in Schweden intensiv über den im Dezember 2011 beschlossenen Fiskalpakt debattiert. Es blieb lange unklar, ob Schweden sich beteiligen würde, insbesondere da eine Beteiligung als Schritt hin zu einem WWU-Beitritt gesehen wurde. Die schwedische Haltung, und zwar sowohl der integrationsfreundlichen Regierung als auch der Opposition, lässt sich unmittelbar nach dem Gipfel des Europäischen Rats bestenfalls als zögerlich beschreiben. Håkan Juholt, der zum damaligen Zeitpunkt die Sozialdemokraten führte, sah keinen Spielraum für einen Beitritt. Ohne die Unterstützung der Sozialdemokraten bestand für die Minderheitenregierung zunächst entsprechend keine Möglichkeit im Parlament für das Ansinnen zu werben, zumal die anderen Oppositionsparteien weiteren Integrationsschritten sogar noch skeptischer gegenüber stehen.<sup>14</sup> Erst Anfang März 2012 änderte sich der Ton der Debatte und es ist der Regierung schließlich gelungen, die Sozialdemokraten mit an Bord zu holen und gemeinsam mit 24 anderen Mitgliedstaaten den Fiskalpakt zu unterzeichnen. Vorausgegangen waren nicht nur mit Stefan Löfven der Führungswechsel an der Parteispitze, sondern auch die Zusicherung der Regierung, dass die Rahmenbedingungen des Fiskalpakts auf nationaler Ebene entschieden werden, der Zugang zu den Gipfeltreffen der Eurozone sichergestellt sein wird und der Arbeitsmarkt in Schweden davon nicht tangiert werden würde. Und sicher haben auch die Befürchtungen, in einem Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten marginalisiert zu werden, eine Rolle gespielt, selbst wenn es hierfür bisher keine stichhaltigen Beispiele gibt.<sup>15</sup>

### **Trends in der öffentlichen Meinung**

2012 hat die Unterstützung für die schwedische EU-Mitgliedschaft weiterhin abgenommen, ein Trend, der sich – nach Jahren einer wachsenden EU-Befürwortung – seit dem Frühjahr 2011 abzeichnet. Während 2010 die öffentliche Unterstützung für die EU mit 55 Prozent ihren Höhepunkt erreicht hatte, zeigen die Umfragewerte mit 46 Prozent im Herbst 2011 und Frühjahr 2012 einen rückläufigen Trend. Obwohl dieser durchaus deutlich ist, sollte er nicht überdramatisiert werden und – mit Blick auf die Werte seit Beginn der 1990er Jahre – vielmehr als ein Einpendeln der öffentlichen Unterstützung auf ein Normalmaß interpretiert werden. Dazu beigetragen hat sicher, das zunehmend mehr Schweden davon ausgehen, dass sich die schwedische Wirtschaft seit dem EU-Beitritt verschlechtert hat, während sich in den Jahren zuvor in den Umfragen die Vor- und Nachteile des Beitritts für die Wirtschaft des Landes noch die Waage gehalten hatten. Es kann also davon ausgegangen werden, dass die allgemeine Haltung gegenüber der EU in einem unmittelbaren Verhältnis zu dieser wirtschaftspolitischen Einschätzung steht.<sup>16</sup>

### **Weiterführende Literatur**

Siehe die Veröffentlichungen des Schwedischen Instituts for European Policy Studies, [www.sieps.se](http://www.sieps.se).

---

13 Sundberg, Marie: Reinfeldt säger nej till ökad EU-makt, *Dagens Industri*, 28.06.2012.

14 Kärman, Jens: Juholt: Håll Sverige utanför – EU-toppmötet, *Dagens Nyheter*, 10.12.2011.

15 Naurin, Daniel: Därför klarar Sverige att stå utanför den nya europakten, *Dagens Nyheter*, 18.12.2011.

16 Vgl. ausführlich Holmberg, Sören: Försvagat opinionsstöd för EU, *SIEPS 2012:5epa*; Swedish Opinion on the Swedish Membership in the European Union 2012, SOM Institute 2012, <http://www.sieps.se/sites/default/files/SOM-fil.pdf>.



# Slowakei

Kai-Olaf Lang

Nachdem die Regierung der rechten Mitte von Premierministerin Iveta Radicova im Oktober 2011 über die Zustimmung zum verstärkten Euro-Rettungsschirm EFSF gefallen war und Neuwahlen nötig wurden, stand die politische Auseinandersetzung in der Slowakei monatelang im Zeichen des für den 10. März 2012 angesetzten Urnengangs. Da Radicova angekündigt hatte, sich aus der Politik zurückzuziehen, sie mit dem liberalen Koalitionspartner gebrochen hatte und gleichzeitig allgemein mit einem Sieg der sozialdemokratischen Opposition gerechnet wurde, konnte die abtretende Regierung auch außen- und europapolitisch keine Akzente mehr setzen.

## Vorgezogene Neuwahlen und zweite Regierung Fico

Als klarer Favorit für den Wahlsieg ging die sozialdemokratische Partei *Smer-SD* des vormaligen Ministerpräsidenten Robert Fico ins Rennen. In den Umfragen führte Smer-SD haushoch, offen war indes, wie sie eine Regierung bilden würde. Als aussichtsreichster Kandidat galt die *Christdemokratische Bewegung (KDH)*, aber auch eine Zusammenarbeit mit der stark im ungarischen Milieu verankerten Partei *Most-Hid* wurde nicht ausgeschlossen. Im Wahlkampf dominierte ein Thema: Korruption und Vetternwirtschaft. Ende 2011 waren angebliche Mitschriften einer größeren Abhöraktion (mit dem Decknamen „Gorilla“) des slowakischen Geheimdienstes SIS an die Öffentlichkeit gelangt, die enge Kontakte zwischen der Finanzgruppe Penta und slowakischen Regierungspolitikern in der Zeit zwischen 2005 und 2006 aufdeckten. Die Gorilla-Affäre schadete nicht zuletzt dem Ex-Ministerpräsidenten Dzurinda und seiner Partei, der regierenden *SDKU-DS (Slowakische Demokratische und Christliche Union – Demokratische Partei)*. Während das Dauerproblem Korruption im Vordergrund stand, blieben europapolitische Fragen eher randständig, obwohl der Fall der Regierung Radicova durch einen koalitionsinternen Dissens zur Eurorettung ausgelöst worden war. So präsentierten sich die meisten Parteien denn auch „staatstragend, proeuropäisch, aber ohne besonderes Ethos, Engagement oder Kreativität“, und betrachteten Europa-Themen als Pflichtprogramm für eine zumeist EU-freundliche Öffentlichkeit.<sup>1</sup> Eine Ausnahme stellten die traditionelle antieuropäische *Nationalpartei (SNS)* sowie die liberale *Freiheit und Gerechtigkeit (SaS)* dar. Letztere war es gewesen, die (als Mitglied der Regierungskoalition) durch ihr Nein zur EFSF-Erweiterung entscheidend zum Ende der Regierung Radicova beigetragen hatte. Gerade in Sachen Eurozonen-Stabilisierung und Reform der europaweiten wirtschaftspolitischen Governance bestanden beachtliche Unterschiede zwischen den Parteien.<sup>2</sup>

1 Olga Gyarfasova, Kampan mnohych „naj“ [Wahlkampf der vielen Superlative], Volebny Infoservice Infovolby, 6. 3. 2012, [http://www.infovolby.sk/index.php?base=data/\\_pr/1331046614.txt](http://www.infovolby.sk/index.php?base=data/_pr/1331046614.txt).

2 Die eventuelle Einführung von Eurobonds befürworteten die „ungarischen“ Parteien Most-Hid und SMK, die Parteien der rechten Mitte waren strikt dagegen, Smer-SD äußerte sich nicht. Unterschiede gab es auch mit Blick auf Steuerharmonisierung (Smer-SD prinzipiell offen). Vgl. Hybe Europa volbami? Radovan Geist u.a.: Analýza postojov a programov slovenských politických strán pred voľbami do Národnej rady SR 2012, EurActiv.sk, März 2012, [http://www.euractiv.sk/fileadmin/images/analyza\\_SK\\_preprint.pdf](http://www.euractiv.sk/fileadmin/images/analyza_SK_preprint.pdf).

Die Wahlen brachten einen überraschend deutlichen Sieg für Robert Fico und seine Smer-SD.<sup>3</sup> Die Partei erhielt fast zehn Prozentpunkte mehr als bei den vorherigen Wahlen, ein Stimmenanteil von 44% ergab eine absolute Mehrheit der Mandate. Smer-SD hatte sich als Faktor der Stabilität und Glaubwürdigkeit gegenüber einer gespaltenen und in Korruptionsaffären verwickelten rechten Mitte profiliert. Zwei Parteien der bisherigen Koalition erlitten massive Verluste: Die größte Regierungspartei, die SDKU-DS, verlor über neun Prozentpunkte und konnte sich gerade noch über der 5%-Klausel halten. Auch die SaS musste einen starken Stimmenrückgang hinnehmen (über sechs Prozentpunkte, sie erhielt nur 5,9%), ihr Euro-skeptischer Kurs hatte sich nicht ausgezahlt. Die KDH stagnierte, reklamierte aber mit einem Ergebnis von fast 9% die Rolle der führenden rechtszentristischen Partei für sich. Ähnlich stark schnitt auch die Gruppierung des jungen Medienunternehmers Matovic ab. Matovic war im Vorgängerparlament mit seiner Initiative *Gewöhnliche Menschen auf den Listen der SaA* angetreten, kandidierte aber nun mit seinen Weggefährten unter dem Label *OLaNO (Gewöhnliche Menschen und Unabhängige Persönlichkeiten)*. Mit der Aura des Neuen und einer veritablen Anti-Establishment-Kritik konnte *OLaNO* viele der Unzufriedenen abschöpfen, für die die Smer-SD zu weit links stand. Dass sich Politikverdrossenheit nicht nur im Popularitätszuwachs für Robert Fico manifestierte, zeigte auch der insgesamt hohe Anteil von einem Fünftel aller Stimmen für kleinere Parteien, die den Sprung ins Parlament nicht schafften (darunter zahlreiche Protestgruppierungen). Gleichzeitig wurden aber nationalen Ränder des politischen Gefüges geschwächt. Die nationalistische SNS schaffte den Sprung ins Parlament nicht mehr. Bei den beiden ethnisch ungarisch verwurzelten Parteien schnitt die gemäßigte *Most-Hid* wieder gut ab (6,9%), während die magyarisch-patriotische *Partei der Ungarischen Koalition (SMK-MKP)* den Einzug in die Legislative abermals verpasste.

Da die Smer-SD über eine absolute Mehrheit im Parlament verfügte und keine der Oppositionsparteien in dieser Situation als bloßer Legitimierungspartner mit den Sozialdemokraten zusammenarbeiten wollte, stand rasch fest, dass es zur ersten Regierung einer Partei in der Slowakei seit 1993 kommen würde. Robert Fico signalisierte dabei den Wunsch nach politischem Konsens und Dialog mit der Opposition und breiteren gesellschaftlichen Kreisen. So wurde ein Rat für Solidarität und Entwicklung gegründet, dem unter anderem Vertreter von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Selbstverwaltungen und Kirchen angehören. In das neue Kabinett wurden vier Parteilose berufen, die allesamt wichtige Ressorts leiten (Außen, Wirtschaft, Gesundheit, Justiz). Während derlei Schritte von der Opposition als Scheininitiativen kritisiert wurden, zeugen sie in der Tat vom Willen zu einem neuen Politikstil: Robert Fico möchte sich von seiner ersten Regierungszeit zwischen 2006 und 2010 abgrenzen, als ihm die Koalition mit Nationalisten und Populisten einen beachtlichen Imageschaden einbrachte.

### **Eurozone und Reformprozesse**

Robert Fico hatte sich bereits im Wahlkampf als integrationsfreundliche Alternative zur europapolitisch fragmentierten Koalition der Mitte-Rechts-Parteien dargestellt. Zwar nutzte seine Partei die EFSF-Frage, um die Regierung Radicova zu Fall zu bringen, aber nachdem dieses Ziel erreicht war, stützte die Smer-SD alle relevanten Schritte im Rahmen

---

3 Karen Henderson, *Europe and the Slovak Parliamentary Election of March 2012*, European Parties Elections and Referendums Network, EPERN Briefing, No. 70, <http://www.sussex.ac.uk/sei/documents/epernslowakia2012.pdf>.

der Euro-Stabilisierung und der finanziellen Konsolidierung. Die Partei stimmte nicht nur im zweiten Anlauf der EFSF-Erhöhung zu, sie gab auch im Dezember ihr Einverständnis zur verfassungsmäßigen Verankerung einer Schuldenbremse.

Als neuer Regierungschef betonte Fico ebenfalls einen proeuropäischen Ansatz. Die Regierung der Smer-SD werde, so die Regierungserklärung zur Außenpolitik, ein „konstruktiver und verantwortungsvoller Akteur“ in der Eurozone sein.<sup>4</sup> Im Zusammenhang mit den Debatten um ein Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten ließ die Regierung Fico keinen Zweifel daran, dass die Slowakei ihren Platz im Kern Europas haben müsse: „Dort sind Deutschland und Frankreich, dort sind die entscheidenden Motoren der EU. Andernfalls werden wir nur anschauen, was die Eurozone vorbereitet und in einem bestimmten Moment durchsetzen wird.“<sup>5</sup> Insgesamt befürwortete die Smer-SD-Regierung auch Maßnahmen zur Integrationsvertiefung: Europa, so Ministerpräsident Fico, brauche „mehr Integration, damit es überlebt“.<sup>6</sup> Allerdings gebe es Grenzen: Den Haushalt werde man zwar gerne mit der EU „koordinieren und kommunizieren“, doch „wir werden unser nationales Budget nicht den Bürokraten aus Brüssel zum Beschluss vorlegen“.<sup>7</sup> Gleichwohl unternahm die Slowakei zügige Schritte, um an der Eurozonen-Stabilisierung mitzuwirken. Im Mai stimmte das Parlament der Änderung von Art. 136 AEUV zu, im Juni wurde mit 118 von 144 Stimmen (nur die SaS, Teile von OLaNO und zwei Unabhängige votierten dagegen) die Zustimmung zum ESM erteilt.

Bei der Debatte um die adäquate Mischung von Haushaltsdisziplin und Wachstum, nahm die sozialdemokratische Regierung rhetorisch eine vermittelnde Position ein, faktisch betonte sie aber vor allem die Bedeutung „gesunder öffentlicher Finanzen“ und grundlegender Strukturreformen für eine nachhaltige Entwicklung. Die Slowakei unterstützte die Etablierung neuer Wachstumsinstrumente, sofern diese „keine bedeutende Belastung für nationale Haushalte mit sich bringen“.<sup>8</sup> Obwohl Fico immer wieder die Bereitschaft zur Solidarität mit Nehmerländern in der Eurozone signalisierte, knüpfte er diese auch an die Erfüllung klarer Bedingungen. Weitere Nachlässe etwa für Griechenland könnten dazu führen, dass in der Slowakei der Geduldsfaden risse.<sup>9</sup> Bei den Verhandlungen um den mittelfristigen Finanzrahmen der EU nahm die Slowakei eine aktive Rolle im Rahmen der Nettoempfänger ein. Anfang Oktober 2012 traf sich die Gruppe der „Freunde der Kohäsionspolitik“ auf der Ebene der Regierungschefs und anderen hochrangiger Vertreter in Bratislava. Premier Fico betonte dabei, die Relevanz der Kohäsionspolitik für die Slowakei, wo drei Viertel aller öffentlichen Investitionen aus dem EU-Haushalt finanziert würden.<sup>10</sup>

4 Programove vyhlásenie vlady – zahranična politika [Programmatische Erklärung der Regierung – Außenpolitik], ohne Ort, ohne Datum, [www.mzv.sk](http://www.mzv.sk).

5 Premier: Slovensko je za hlbsiu integraciu, aj ta ma vsak svoje hranice, Service Euractiv, 18.10.2012, [www.euractiv.sk](http://www.euractiv.sk).

6 Fico: Europa potrebuje viac integracie, aby prezila, 29.6.2012, [www.pravda.sk](http://www.pravda.sk).

7 Premier: Slovensko je za hlbsiu integraciu ...

8 Zameranie zahraničnej politiky Slovenskej republiky na rok 2012, [Leitlinien der Außenpolitik der Slowakischen Republik für das Jahr 2012], ohne Ort, ohne Datum [www.mzv.sk](http://www.mzv.sk).

9 Pohar trepezlivosti na Slovensku uz podla Fica pretiekol, Meldung der Nachrichtenagentur TASR, 22.9.2012, [www.pravda.sk](http://www.pravda.sk).

10 Chudobnejsie krajiny ovplyvnia rozpočet Unie, veri Fico, Meldung der Nachrichtenagenturen TASR, SITA, 5.10.2012, [www.sme.sk](http://www.sme.sk).

### **Westbalkan und Östliche Partnerschaft: Slowakische Prioritäten in der Nachbarschaft**

Die Slowakei zählte den Westlichen Balkan und den Heranführungsprozess der Länder in der Region an die EU weiterhin zu den Kernzielen ihrer Außen- und Europapolitik. Dementsprechend unterstützte Bratislava die Zuerkennung des Kandidatenstatus für Serbien sowie die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Montenegro. Durch die abermalige Ernennung des ausgewiesenen Westbalkankenners Lajcak zum Außenminister wurde diese Priorität auch von der neuen Regierung Fico unterstrichen. Lajcak war der erste ausländische Politiker, der Serbien nach den dortigen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen Ende Mai 2012 besuchte. Er gab nach dem Machtwechsel in Belgrad zu verstehen, dass die Slowakei unabhängig von der dortigen Regierungskonstellation weiterhin eng mit Serbien zusammenarbeiten werde und Reformen flankieren wolle.<sup>11</sup> An den intensiven Beziehungen zwischen beiden Ländern änderte auch die Tatsache nichts, dass die Slowakei seit Juli 2012 Pässe anerkennt, die von kosovarischen Behörden ausgestellt werden.<sup>12</sup> Die Slowakei folgte weiterhin der Devise, dass sie das Kosovo als Staat nicht anerkennt, praktisch jedoch an der Stabilisierung des Kosovo teilnimmt und das eigene Engagement auch in Abhängigkeit vom Dialog zwischen Belgrad und Pristina definiert.

Ein zweiter Vorrangbereich der außenpolitischen Aktivitäten blieb die östliche Nachbarschaft der EU. Auch in den offiziellen außenpolitischen Prioritäten wurde die Bedeutung der Östlichen Partnerschaft (ÖP) hervorgehoben: Bratislava werde sich aktiv an der Umsetzung der so genannten ÖP-Road Map beteiligen und sich in das Programm der Viseegrad-Gruppe für die ÖP einbringen.<sup>13</sup> Ungeachtet dessen blieben die problematischen Entwicklungen in den Ländern der ÖP auch in der Slowakei nicht unbeachtet. Nicht zuletzt die innenpolitischen Zerwürfnisse in der Ukraine und die Zukunft des paraphierten Assoziierungsabkommens der EU mit diesem Land lösten in Bratislava Besorgnis aus. Außenminister Lajcak erklärte mit Blick auf die ukrainischen Parlamentswahlen vom Oktober 2012, nicht Ungarn, sondern die Ukraine sei der problematischste Nachbar der Slowakei.<sup>14</sup>

### **Ausblick**

Die zweite Regierung Fico gerierte sich in den ersten Monaten ihrer Amtszeit als europafreundlicher, stabiler und konsensorientierter Akteur. Selbst das schwierige Verhältnis zu Ungarn entspannte sich, mit Teilen der ungarischen Minderheit bzw. deren politischer Vertretung wurde ein Dialog intiiert. Europapolitische Grundfragen, so etwa die Reichweite von Vertiefungsschritten, sollen auch mit der Opposition diskutiert werden. Die Fortführung dieses Ansatzes wird möglicherweise in den nächsten Jahren andauern, um so das Gewicht der Slowakei in der EU mit Blick auf die Ratspräsidentschaft 2016 zu erhöhen. Diese warf bereits 2012 erste Schatten voraus. So werden 2012 erste Vorbereitungsmaßnahmen anlaufen. Die Umbenennung des Außenressorts in „Ministerium für auswärtige und europäische Angelegenheiten“ oder die Aufwertung der Position des Außenministers, der gleichzeitig auch stellvertretender Regierungschef ist, gehören auch in diesen Kontext. Die Slowakei wird ihre Europapolitik immer mehr unter dem Blickwinkel des in einigen Jahren anstehenden Vorsitzes denken.

---

11 Fico dostane pozvanie do Bieleho domu, in: Pravda, 27.7.2012.

12 Slovensko uznava len kosovske pasy, stat nadalej nie, in: Sme, 21.7.2012.

13 Zameranie zahranicnej politiky Slovenskej republiky na rok 2012, [Leitlinien der Außenpolitik der Slowakischen Republik für das Jahr 2012], ohne Ort, ohne Datum [www.mzv.sk](http://www.mzv.sk).

14 Lajcak: Najproblematickejsim susedom nie je Madarsko, ale Ukrajina, Meldung der Nachrichtenagentur TASR, 18.7.2012, [www.pravda.sk](http://www.pravda.sk).

# Slowenien

Sabine Willenberg

Dass vorgezogene Parlamentswahlen unumgänglich werden, hatte sich bereits im Frühjahr 2011 abgezeichnet.<sup>1</sup> Angesichts der tiefen Wirtschafts- und Finanzkrise in Slowenien bröckelte die sozialliberale Koalition um Ministerpräsident Borut Pahor (Sozialdemokratische Partei – SD) immer weiter auseinander, bis sich der Premier – trotz des massiven Drucks der EU – zur Handlungsunfähigkeit verurteilt sah. Von der Opposition initiierte Referenden wie um die für die Sanierung des slowenischen Haushalts unumgängliche und aus Brüssel massiv angemahnte Rentenreform hatten der Regierung immer weiter die Hände gebunden. Gleichzeitig hatten sie den Weg des Oppositionsführers Janez Jansa (Slowenische Demokratische Partei – SDS) zurück ins Amt – schon zwischen 2004 und 2008 hatte er Slowenien in nationalkonservativem Stil regiert – scheinbar sicher geebnet.

Während die Sozialdemokraten erwartungsgemäß für die Wirtschaftskrise verantwortlich gemacht und mit einem Einbruch ihres Stimmenanteils von 30 auf 10 Prozent abgestraft wurden, gelang der Machtwechsel nach den Wahlen am 4. Dezember 2011 längst nicht so unkompliziert, wie von Kontrahent Jansa gehofft. Nach einem Nervenkrieg hin zur Regierungsneubildung blickt die EU nunmehr gespannt auf die Arbeit des umstrittenen Ex- und Neu-Premiers Jansa, dem die Mammutaufgabe obliegt, den einstigen EU-Musterschüler Slowenien aus der tiefen Haushalts- und Eurokrise zu holen.<sup>2</sup>

## Regierungs-Comeback Jansas mit Hindernissen

Der Wahlausgang im Dezember kam äußerst überraschend: Als Kandidat mit Macher-Image tauchte nur kurz vor den für Jansa scheinbar schon entschiedenen Wahlen Ljubljanas Bürgermeister Zoran Jankovic auf der Bühne auf – und sprintete mit seiner Liste „Positives Slowenien“ in nur sieben Wochen zum Wahlsieg. Die schallende Ohrfeige für Jansas Nationalkonservative nährte umso mehr die Hoffnungen auf schnelle Reformen, für die der erfolgreiche Ex-Mercator-Manager Jankovic über die slowenische Rechts-Links-Kluft hinweg prädestiniert schien.<sup>3</sup> Die Ernüchterung erfolgte jedoch auf dem Fuße: Bei der parlamentarischen Abstimmung am 11. Januar 2012 scheiterte der designierte Ministerpräsident, nachdem Jansa alle Hebel gegen den Kontrahenten in Bewegung gesetzt und durch den Boykott der rechtsgerichteten Parteien eine Regierungsmehrheit verhindert hatte. Zünglein an der Waage wurde vor allem die liberale „Bürgerliste“ des Ex-Verwaltungsministers Gregor Virant, die sich im Herbst 2011 aus Abtrünnigen der SDS gebildet hatte, nun aber kurzfristig von ihrer Koalitionszusage an Jankovic abgewichen war.<sup>4</sup>

---

1 Vgl. auch Sabine Willenberg (2012): Slowenien, in: Werner Weidenfels/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der europäischen Integration 2011, Baden-Baden 2012, S. 467ff.

2 Vgl. Reinhard Wessel (30.01.2012): Nun doch: Neue Mitte-rechts-Regierung für Slowenien. KAS-Länderbericht, [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_30057-1522-1-30.pdf?120206112544](http://www.kas.de/wf/doc/kas_30057-1522-1-30.pdf?120206112544).

3 Vgl. [derStandard.at](http://derstandard.at) (05.12.2011): Ex-Manager Zoran Jankovic triumphiert.

4 Vgl. [derStandard.at](http://derstandard.at) (11.01.2012): Designierter Premier Jankovic scheitert im Parlament, <http://derstandard.at/1326248987561/Designierter-Premier-Jankovic-scheitert-im-Parlament>.

Die weitere Regierungssuche geriet dann nicht zuletzt zu einem Machtkampf zwischen Jansa und Präsident Danilo Türk, der Jansa auch noch, nachdem sich sein Alternativkandidat, Banker Marko Voljc, als nicht mehrheitsfähig erwies, das Mandat zur Regierungsbildung verweigerte. Weil sich der aussichtsreiche Kandidat Janez Jansa gleichzeitig in der Schmiergeld-Affäre – in der ihm für seine frühere Amtszeit Korruption und Amtsmissbrauch beim Kauf von Patria-Radpanzern vorgeworfen wird<sup>5</sup> – vor Gericht verantworten musste, entzog ihm Türk die notwendige Legitimation für den Premierposten. Erst die Eigeninitiative des Parlaments, das gemäß Paragraph 111 der slowenischen Verfassung selbst das Vorschlagsrecht für den Regierungschef wahrnahm, verhalf Jansa schließlich Ende Januar ins Amt.

### **Rentenreform und Rentnerpartei DeSuS als Zünglein an der Waage**

Die neue Regierung stützt sich auf eine Koalition aus fünf Parteien: SDS, die kleinen Rechtsparteien SLS (Volkspartei) und NSi (Neues Slowenien), die liberale DLV (Bürgerliste Gregor Virant) und die Pensionistenpartei (DeSUS), wobei letztere als Königsmacher im Slowenien-typischen Patt zwischen Rechts und Links fungierte. Gerade mit dieser Partei scheinen die Konflikte aber vorprogrammiert, denn die Rentenreform, die die Vorgängerregierung faktisch das Mandat kostete und welche die DeSuS opponiert, ist auch von Jansas Regierung nicht zu umgehen: Das niedrige Rentenalter von derzeit 61 (Frauen) bzw. 63 (Männer) Jahren, das auf 65 angehoben werden sollte, reißt jährlich Milliardenlöcher ins Budget, die sich Slowenien nicht mehr leisten kann.<sup>6</sup>

### **Altlast Familiengesetz**

Zu einem ersten Test für die neue Regierungsfähigkeit avancierte im März 2012 die Volksabstimmung über das Familiengesetz. Dieses sollte eine Anpassung an die Familiendefinition der UNO vornehmen, und damit eine Stärkung der Rechte des Kindes ungeachtet der jeweiligen Familienform sowie eine Ausweitung von Rechten für Homosexuelle. Das liberale Gesetz war von der früheren Mitte-Links-Regierung Pahors verfasst und im Juni 2011 vom Parlament verabschiedet worden. Während es bei verschiedenen angesehenen Fachleuten und Menschenrechtsorganisationen breite Unterstützung fand, war es in konservativen Kreisen hoch umstritten. Die neue Mitte-Rechts-Regierung Jansas, die sich als Ganzes offiziell aus der Kampagne heraushielt, teilte das Referendum in zwei Lager: Während die liberale Bürgerliste DLV und die DeSUS das Gesetz befürworteten, opponierten es die SDS von Premier Janez Jansa sowie die kleinen konservativen Parteien, NSi und SLS. Das Familienministerium, das unter der früheren Regierung das Gesetz verfasst hatte, geriet durch den Regierungswechsel gleichzeitig in eine unangenehme Lage, indem es unter der neuen Leitung sein eigenes Gesetz nicht mehr unterstützen und verteidigen durfte. Trotzdem gelang der Zusammenhalt der Koalition, und Jansa verbuchte die mehrheitliche Ablehnung des Gesetzes im Referendum als Bestätigung seiner Politik.<sup>7</sup>

---

5 Vgl. [derStandard.at](http://derstandard.at/02.05.2012) (02.05.2012): Patria-Prozess geht weiter, <http://derstandard.at/1334796812509/Waffengeschaeft-Patria-Prozess-geht-weiter>.

6 Vgl. Reinhard Wessel (30.01.2012): Nun doch: Neue Mitterechts-Regierung für Slowenien. KAS-Länderbericht.

7 Vgl. [derStandard.at](http://derstandard.at/25.03.2012) (25.03.2012): Klares Neun zum Familiengesetz, <http://derstandard.at/1332323741950/Referendum-Slowenien-Klares-Nein-zu-neuem-Familiengesetz>.